

Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

13. Mai 2013

Afghanistan

Binnenflüchtlinge

Nach Angaben des UNHCR waren Ende April 2013 535.936 Personen als Binnenflüchtlinge registriert. Die meisten Binnenvertriebenen kommen aus der westafghanischen Provinz Badghis (69.614 Personen) und der südafghanischen Provinz Helmand (64.605 Personen). Zu den zehn Provinzen, in denen eine große Anzahl von Personen ihren Heimatort wegen konfliktbedingter Ereignisse verlassen haben, zählen weiterhin Ghor, Kandahar, Herat, Kunar, Faryab, Ghazni, Nangarhar und Kapisa. Viele der Flüchtlinge haben innerhalb ihrer Herkunftsprovinz Schutz gesucht. Die westafghanische Provinz Herat beherbergt die meisten Flüchtlinge (106.685 Personen). Als Gründe für das Verlassen des Heimatortes werden meist bewaffnete Auseinandersetzungen und eine generelle Verschlechterung der Sicherheitslage genannt. Rund 10 % der Flüchtlinge nannten Einschüchterungen und Bedrohungen durch Regierungsgegner.

Freiwillige Rückkehrer

Laut UNHCR kehrten in den ersten vier Monaten des Jahres 2013 insgesamt 10.710 afghanische Staatsangehörige aus dem Ausland freiwillig zurück. Die meisten Rückkehrer kamen aus Pakistan (7.880) und Iran (2.800). Als Gründe für die Rückkehr wurden überwiegend wirtschaftliche Faktoren genannt.

Abschiebungen aus Pakistan und Iran

Nach UNHCR-Angaben wurden in den ersten vier Monaten des Jahres 3.255 Personen aus Pakistan abgeschoben und aus Iran in den ersten drei Monaten 49.708. 98 % der aus Iran Abgeschobenen waren alleinstehende junge Männer, die illegal auf der Suche nach Arbeit eingereist waren.

Iranische Grenzsoldaten töten illegale Einwanderer

Nach Angaben des afghanischen Innenministeriums haben iranische Grenzsoldaten am 12.05.13 zehn afghanische Migranten getötet und 20 verletzt. Eine Gruppe von ca. 200 Afghanen habe versucht, die Grenze zu passieren.

Tote bei Protesten gegen Pakistan

Am 08.05.13 wurden im südafghanischen Kandahar sechs Personen bei Demonstrationen getötet. Die Proteste richteten sich gegen angebliche Grenzverletzungen durch pakistanisches Militär. Weitere Demonstrationen gab es in Kabul und im ostafghanischen Khost.

Opiumproduktion 2012 gestiegen

Nach Angaben des UN Office on Drugs and Crime (UNODC) stieg 2012 die Anbaufläche für Opium gegenüber dem Vorjahr um 18 %. Vor allem im Süden und Westen des Landes wird Mohn angebaut.

Pakistan

Wahlsieger in Pakistan ist die Pakistan Muslim League-Nawaz

Der Wahlsieger bei Pakistans Wahlen zur Nationalversammlung ist die bisher in der Opposition gewesene Partei Pakistan Muslim League-Nawaz (PML-N) unter Führung des Nawaz Sharif, der bereits in der Ver-

gangenheit zweimal Premierminister war. Laut Presse hat die PML-N eine sichere Mehrheit von bis zu 172 von insgesamt 342 Sitzen erreicht. Auf jeden Fall wird sie eine Koalitionsregierung bilden können. Die bisher regierende Pakistan Peoples Party hat deutliche Verluste eingefahren, was auch für ihr Stammland Sindh gilt. Die bisher stärkste Partei soll nach dem vorläufigen Wahlergebnis auf Platz 3 zurückgefallen sein. Die neu in der politischen Landschaft aufgetauchte Pakistan Tehreek-i-Insaf (PTI) unter dem ehemaligen Kriketstar Imran Khan kam auf Platz 2. Die Wahlbeteiligung soll hoch ausgefallen sein, verlässliche Angaben liegen nicht vor. Es haben sich 86.162.639 Wähler zur Wahl registrieren lassen, darunter soll sich ein nicht unerheblicher Teil von Erstwählern befinden.

Laut Verfassung muss die Nationalversammlung innerhalb von 21 Tagen nach den Wahlen einberufen werden, die PML-N strebt allerdings eine zügigere Vorgehensweise an. Die Wahlkommission selbst muss die Wahlergebnisse verbindlich spätestens 14 Tage nach der Wahl bekannt geben.

In verschiedenen Wahlkreisen wird nachgewählt werden müssen, da dort die Sicherheitslage am Wahltag keine Wahl erlaubte, allerdings wird sich das Gesamtergebnis laut Wahlkommission dadurch nicht wesentlich verändern. Das Gleiche gilt für die Wahlkreise und Wahllokale, in denen Unregelmäßigkeiten festgestellt worden waren.

Gleichzeitig fanden Wahlen zu den Provinzversammlungen statt, die dem gleichen Wahlrend folgten. Hier überraschte die PTI in der Provinz Khyber Pakhtunkhwa, wo sie in Führung ging und die dort bisher regierende Awami National Party (ANP), einen Koalitionspartner der PPP in der vorhergehenden Regierung auf Provinz- und Landesebene, auf die hinteren Plätze verwies. Die PTI hat angekündigt, auf Landesebene in die Opposition zu gehen, und zeigte sich enttäuscht über ihr Abschneiden in ihrem Stammland Punjab.

Die Gewalt am Wahltag forderte landesweit 38 Tote und 150 Verletzte. Die meisten Toten gab es in den Provinzen Belutschistan und Sindh, hier war der Schwerpunkt Karachi. Danach folgt weit abgeschlagen Khyber Pakhtunkhwa und der Punjab.

Die Wahllokale wurden in vielen Orten von der pakistanischen Armee gesichert, da die pakistanischen Taliban Selbstmordattentate angekündigt hatten.

Gewalt vor der Wahl in der Provinz Khyber Pakhtunkhwa

Am 10.05.13 explodierten zwei Sprengsätze in Miramshah (FATA-Agentur Nord-Waziristan, Khyber-Pakhtunkhwa-Provinz) in der Nähe von Wahlkampfbüros der Parteien Pakistan Muslim League-N, Pakistan Tehreek-i-Insaf und Jamiat Ulema-i-Islam. Es gab vier Tote und einundzwanzig Verletzte. Die Kandidaten wurden nicht verletzt.

Am gleichen Tag flohen rund 1.000 Familien vor den Kämpfen zwischen Sicherheitskräften und Militanten aus dem Gebiet Parachamkani in der FATA-Agentur Kurram. Bei den Kämpfen kamen drei Soldaten und neun Militante ums Leben. Ebenfalls am 10.05.13 explodierten mehrere Sprengsätze in dem Ort MCB Chowk, Yar Hussain Bazar in der PATA-Agentur Swabi (KPK) in der Nähe eines Wahllokals und dreier Wahlkampfbüros der Awami National Party. Es kamen zwei Parteianghörige ums Leben und drei Menschen wurden verletzt.

Am 09.05.13 explodierte eine Bombe in der Nähe von Bussen, die Wahlkampfteilnehmer unter Beteiligung eines Kandidaten namens Maulvi Jamaluddin Mehsud von Mirali in den Tank Distrikt (FATA-Agentur Süd-Waziristan, Khyber-Pakhtunkhwa-Provinz, KPK) bringen sollten. Ein Teilnehmer der Veranstaltung wurde getötet und sechs weitere erlitten Verletzungen.

Am 08.05.13 wurden drei Mitglieder der Awami National Party nach einer Wahlkampfveranstaltung von einem Unbekannten durch Schüsse im Gebiet der Durmai-Berge verletzt.

In dem Gebiet Amarkot der FATA-Agentur Bajaur wurden zwei Mitglieder der ANP durch einen Sprengsatz getötet und einer wurde verletzt. Der Sprengsatz explodierte vor einen Wahlkampflokal. Ziel soll der ANP-Kandidat des Wahlkreis Gul Afzal Khan gewesen sein. Am 08.05.13 explodierte eine Autobombe vor der Domail Polizeistation in Bannu, dem Verwaltungszentrum der PATA-Agentur Bannu (Khyber-Pakhtunkhwa-Provinz = KPK). Es wurden drei Menschen getötet und 27 verletzt. Unter den Toten befindet sich ein Polizist. Es soll sich um ein Selbstmordattentat handeln.

Am 07.05.13 gab es mehrere Anschläge. So wurden bei einem Selbstmordanschlag auf eine Parteiveranstaltung der islamistischen Partei Jamiat Ulema-i-Islam-i-Fazl (JUI-F) in Hangu bei Kohat (PATA-Gebiet, KPK) acht Menschen getötet und dreiunddreißig verletzt. Ein Sprecher der pakistanischen Taliban in Hangu bekannte sich zu dem Anschlag, was wiederum später vom Sprecher der obersten pakistanischen Talibanführung dementiert wurde.

Am gleichen Tag wurden fünf Menschen getötet und sechzehn verletzt, als eine Bombe am Straßenrand im Unterdistrikt Maidan (Lower Dir, PATA-Agentur, KPK) explodierte, als ein Wahlkampfkonvoi der Pakistan

Peoples Party vorbeifuhr. Die pakistanischen Taliban bekannten sich zur Täterschaft, wobei mitgeteilt wurde, dass nun auch die islamischen Parteien auf der Anschlagliste stünden, da sie es nicht ernsthaft anstreben würden, einen islamischen Staat in Pakistan zu errichten. Zwei Angehörige einer kleinen Partei, darunter ein Kandidat für die kommenden Wahlen, wurden von Unbekannten in Baja Town (PATA-Agentur Swabi, KPK) getötet und drei wurden verletzt. Am gleichen Ort wurde bei einem Feuerüberfall auf den Konvoi des Vorsitzenden der Partei Awami Jamhoori Ittehad Pakistan namens Shahram Khan Tarakai ein Mensch getötet und drei wurden verletzt.

Ein Selbstmordattentäter auf einem Motorrad brachte einen Sprengsatz zur Explosion, als ein Konvoi eines Kandidaten der JUI-F namens Mufti Janan Khan vorbeifuhr. Khan gilt als pro-Taliban eingestellt. Khan und zwei seiner Leibwächter wurden verletzt.

Am 06.05.13 explodierte eine Bombe während einer Wahlkampfveranstaltung der islamistischen Partei Jamiat Ulema-i-Islam-i-Fazl (JUI-F) in der FATA-Agentur Kurram im Gebiet Sewak etwa 14 km südlich vom Verwaltungszentrum Parachinar. Es gab 26 Tote und über 75 Verletzte. Zwei Kandidaten der JUI-F für die Wahl zur Nationalversammlung namens Munir Khan Orakzai und Awin Din Shakir blieben unverletzt. Orakzai schloss eine Täterschaft der Taliban aus, da er keine Probleme mit diesen habe. Die pakistanischen Taliban wiederum teilten mit, dass der Politiker Orakzai Ziel des Anschlags war, weil dieser fünf Jahre lang in der Regierung des Landes mitgearbeitet habe, die Partei JUI-F sei nicht das Ziel gewesen.

Gewalt vor der Wahl in Provinz Sindh

Zwei Aktivisten der Partei Muttahida Qaumi Movement (MQM) wurden bei einem Angriff am 07.05.13 vor dem Parteibüro in Juma Himayati Goth, Korangi (Karachi) von Männern auf Motorrädern erschossen, drei weitere Aktivisten wurden verletzt.

Gewalt vor der Wahl in Provinz Punjab

Am 09.05.13 wurde Ali Haider Gilani, Sohn des früheren Premierministers Yousuf Raza Gilani von etwa 11 Bewaffneten entführt, zwei seiner Begleiter wurden erschossen, ein weiterer verletzt. Der Vorfall ereignete sich auf der Matti Tal Road in Farrukh Town (Multan, Provinz Punjab). Der entführte Politiker ist Kandidat der Pakistan Peoples Party (PPP) bei den anstehenden Wahlen. Dessen Bruder Ali Musa Gilani forderte die Freilassung seines Bruders am gleichen Tag, andernfalls würde eine Wahl in dem Gebiet verhindert werden. Dem widersprach der Vater des Entführten, man wolle keinesfalls eine Verzögerung der Wahl. Bis zum 13.05.13 gab es kein Lebenszeichen von dem Entführten.

Am 05.05.13 wurden drei Angehörige eines Kandidaten der Partei Pakistan Tehreek-i-Insaf (PTI), deren Vorsitzender Imran Khan ist, von Angehörigen der Partei Pakistan Muslim League-N wegen Wahlkampfstreitigkeiten erschossen. Dies ereignete sich in der Ortschaft Chak Jhumra nahe Faisalabad (Provinz Punjab).

Gewalt vor der Wahl in Provinz Belutschistan

Am 12.05.13 entkam der oberste Polizeiverantwortliche in Belutschistan Mushtaq Sukhera einem Selbstmordanschlag, bei dem fünf Menschen ums Leben kamen und 68 verletzt wurden. Unter diesen befinden sich 27 Polizisten. Der Bombenanschlag zerstörte die Residenz des Polizeichefs in Quetta. Es sollen 2.000 kg Sprengstoff zum Einsatz gekommen sein.

Am 09.05.13 wurden in Turbat und Dera Murad Jamali zwei Kandidaten der Pakistan Muslim League Nawaz (PML-N) bei Wahlkampfaktionen angegriffen. Beim ersten Vorfall wurden zwei Angehörige der Sicherheitskräfte getötet und fünf Personen verletzt. Die verbotene separatistische Baloch Liberation Front bekannte sich zu dem ersten Überfall. Beim zweiten Vorfall gab es einen Toten, der lediglich an der Stelle vorbeikam und nicht Teil der Veranstaltung war. Die Politiker blieben in beiden Fällen unverletzt.

Irak

Sicherheitslage

Am 06.05.13 wurden in Bagdad bei mehreren Bombenexplosionen mindestens zehn Menschen getötet und mehr als 30 verletzt. Am 07.05.13 wurden bei Anschlägen u.a. in Bagdad und in den Provinzen Ninive, Salahaddin, Anbar und Diyala 17 Menschen getötet. Am 08.05.13 wurde bei der Explosion zweier Autobomben in Kirkuk ein Mensch getötet, weitere 51 wurden verletzt. Am 09.05.13 starben bei Anschlägen insgesamt 14 Menschen, weitere 14 wurden verletzt. Am 10.05.13 wurden bei Anschlägen 13 Menschen

getötet. Betroffen waren insbesondere Bagdad, die Provinzen Babil, Salahaddin und Ninive. Am 11.05.13 wurden bei Anschlägen u.a. in Bagdad und den Provinzen Salahaddin und Ninive insgesamt 30 Menschen getötet, weitere 50 wurden verwundet. Am 12.05.13 wurden bei Anschlägen u.a. in Bagdad und Mosul (Provinz Ninive) 13 Menschen getötet, sieben weitere wurden verletzt.

Vollzug der Todesstrafe

Am 10.05.13 wurden drei Männer hingerichtet, die wegen Terrordelikten verurteilt worden waren.

Türkei

PKK zieht sich in den Nordirak zurück

Nach Meldungen der pro-kurdischen Nachrichten-Agentur "Firat" begann die PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) am 08.05.13 vereinbarungsgemäß mit dem Abzug ihrer Kämpfer aus der Türkei in die Lager im Nordirak. Zu einer Entwaffnung der PKK soll es jedoch erst nach einer Gesamteinigung mit der türkischen Regierung kommen. Der Abzug aller 2000 Kämpfer soll etwa drei bis vier Monate dauern.

Syrien/Türkei

Türkei macht Syrien für Anschläge verantwortlich

Am 11.05.13 explodierten in der türkischen Grenzstadt Reyhanli zwei Autobomben; mindestens 46 Menschen wurden getötet und rund hundert verletzt. Mehrere tausend, meist sunnitische, Bürgerkriegsflüchtlinge ließen sich in den letzten Jahren in dem von vielen Alawiten, die mit dem Assad-Regime sympathisieren, bewohnten Gebiet nieder. In Reyhanli hatte sich bereits vor drei Monaten ein Autobombenanschlag ereignet, bei dem es 17 Tote gab. Die Türkei machte damals den syrischen Geheimdienst für den Anschlag verantwortlich. Auch dieses Mal sieht die Türkei Syrien als Initiator der Anschläge. Syrien wies diese Vorwürfe zurück. Neun Verdächtige mit türkischer Staatsangehörigkeit wurden festgenommen, die gestanden haben sollen, Verbindungen zu „Organisationen, die vom syrischen Regime und Geheimdiensten unterstützt werden“, zu haben.

Syrien

UN-Beobachter wieder frei

Die vier am 07.05.13 von der Rebelleneinheit „Märtyrer der Jarmuk-Brigaden“ entführten philippinischen Blauhelmsoldaten der UN-Beobachtungsmission auf den Golanhöhen (UNDOF) wurden am 12.05.13 wieder freigelassen. Die UNO hat dort insgesamt 1.000 Soldaten stationiert, die den Frieden zwischen Syrien und Israel sichern sollen. Die Rebellenorganisation hatte erklärt, die vier seien zu ihrer eigenen Sicherheit in Gewahrsam genommen worden. Im März hatte die Gruppierung bereits 21 Angehörige der UN-Truppen für drei Tage festgehalten.

Aktivisten gehen von mehr als 80.000 Toten im Syrien-Konflikt aus

Nach Angaben der Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte vom 12.05.13 sollen im Syrien-Konflikt in der Zwischenzeit mehr als 80.000 Menschen getötet worden sein, die Vereinten Nationen gingen bisher von mehr als 70.000 Toten aus.

Türkei zieht mögliche Staatsbürgerschaft für syrische Christen in Betracht

Der Vorsitzende der Föderation syrischer Vereine in der Türkei, Evgil Türker, berichtete nach Meldungen von Radio Vatikan vom 08.05.13 von einem möglichen „Plan“ der türkischen Regierung, syrischen Christen des Patriarchats von Antiochien die türkische Staatsangehörigkeit zu verleihen, wenn diese mit türkischen Staatsbürgern verwandt sind oder waren und sich in Folge des Konflikts in einer Notsituation befinden. Nach Ansicht Türkers könnten viele Christen in der Türkei eine neue Heimat finden.

Israel/Westjordanland

Neubau von 300 Wohnungen im Westjordanland / Doch kein Stopp des Siedlungsbaus

Nach Armeeangaben hat Israel grünes Licht für den Bau von knapp 300 Wohnungen im besetzten Westjordanland gegeben. Nach Angaben eines Armeesprechers am 09.05.13 genehmigte die Militärverwaltung die Errichtung von 296 Wohnungen in der Siedlung Beit El nahe Ramallah. Die Ankündigung zum Bau der neuen Wohnungen erfolgte nur wenige Tage nach Berichten über einen von Israels Ministerpräsident Benjamin Netanyahu angeordneten Stopp des umstrittenen Siedlungsbaus. Den Berichten von Medien und einer Nichtregierungsorganisation zufolge wollte Netanyahu mit der Entscheidung, alle Ausschreibungen für Aufträge beim Siedlungsbau zu blockieren, Rücksicht auf die Bemühungen der US-Regierung um eine Wiederaufnahme der Friedensgespräche mit den Palästinensern nehmen. Die jetzt erfolgte Genehmigung steht im Zusammenhang mit einer Einigung mit jüdischen Siedlern vom vergangenen Juni, die sich ohne Erlaubnis der israelischen Regierung dort niedergelassen hatten. Die Siedler hatten eingewilligt, ihre Wohnungen ohne Widerstand zu räumen, wenn im Gegenzug rund 300 neue Wohnungen errichtet würden.

Israelische Bürgerrechtler kritisieren Verarmung Ost-Jerusalems

Nach Angaben von israelischen Menschenrechtlern leben acht von zehn Palästinensern in Ost-Jerusalem unterhalb der Armutsgrenze. Dies sei „die schlimmste Armutsrate aller Zeiten“, kritisierte der „Verein für Bürgerrechte in Israel“ (Association for Civil Rights in Israel (ACRI)) am 07.05.13 in einem Sozialreport. Die Nichtregierungsorganisation veröffentlichte die Studie am Vortag des Jerusalem-Tages, mit dem Israel die „Wiedervereinigung“ der Stadt durch die Eroberung im Sechstagekrieg von 1967 feiert. Die nachfolgende Annexion des Ostteils der Stadt wurde völkerrechtlich nie anerkannt. Nach UN-Statistiken wohnen in Gesamtjerusalem 293.000 Palästinenser bei einer Einwohnerzahl von ca. 800.000. Der ACRI-Report kritisiert insbesondere die Folgen der Sicherheitsbarrieren, die den Osten Jerusalems vom Westjordanland abtrennen. Besonders Krankenhäuser und Schulen seien durch die Zäune und Mauern betroffen. Zudem werde die Infrastruktur in Ost-Jerusalem stark vernachlässigt. So fehle es „an 50 km Abwasserkanälen, weshalb viele Wohngebiete auf Sickergruben angewiesen sind, wo Überflutungen immer wieder Gesundheitsrisiken heraufbeschwören“.

Iran/Syrien/Israel

Nach den israelischen Luftangriffen in Syrien: Iran sucht Freiwillige für den Kampf gegen Israel

Um das Assad-Regime weiter zu unterstützen, reagiert Iran auf die israelischen Luftangriffe in Syrien und will sein Engagement in Syrien offenbar ausweiten. Auf mehreren iranischen Webseiten wurde eine Syrien-Kampagne ausgerufen. Unter einer Handynummer sollen sich Freiwillige melden, um in Syrien in den Krieg zu ziehen. Der öffentliche Appell ging von einer Webseite aus, die Revolutionsführer Ayatollah Seyyed Ali Khamenei nahesteht. Der Krieg in Syrien sei kein sunnitisch-schiitischer Konflikt, sondern ein Kampf zwischen den „Gegnern und Unterstützern der Zionisten“, heißt es in dem Aufruf. Syrien ist zur heftig umkämpften Front im israelisch-iranischen Schattenkrieg geworden. So hatte zuvor ein hochrangiger israelischer Verteidigungsbeamter erklärt, der Angriff habe eigentlich gar nicht Syrien getroffen, sondern Iran und dessen Verbündeten, der libanesischen Hizbollah. Auf dem iranischen Kampfaufruf für Syrien ist auch das Hizbollah-Logo abgebildet. Ihre Kämpfer sind schon länger in Syrien aktiv und haben ihr Engagement zuletzt deutlich ausgeweitet.

Rafsanjani kandidiert

Kurz vor Ablauf der Frist hat sich Ex-Präsident Akbar Hashemi-Rafsanjani überraschend als Kandidat für die Präsidentenwahl beworben. Rafsanjani ist einer der Architekten der Islamischen Republik. Zwischen 1989 und 1997 war er schon einmal Präsident. Er dürfte Stimmen aus dem Reformlager auf sich vereinen, das seit 2009 weitgehend seinen Einfluss verloren hat. In den vergangenen vier Jahren war Rafsanjani de facto zum Oppositionsführer geworden, vor allem wegen seiner harschen Kritik am Kurs des scheidenden Präsidenten Mahmoud Ahmadinejad, der nach zwei Amtsperioden nicht mehr antreten darf.

Russische Föderation/Nordkaukasus

Rückblick auf die Entwicklung in Tschetschenien während der Kriegsjahre

Zwei Kriege in Tschetschenien stehen für die schlimmsten Gewaltereignisse auf ehemals sowjetischem Boden. Der erste Krieg von 1994 bis 1996 richtete sich aus russischer Sicht gegen militante Separatisten. Diese tschetschenische Sezession war von nationalen, weniger von religiösen Motiven bestimmt. Doch schon am ersten Krieg beteiligten sich Mudschaheddin aus arabischen Ländern und bekundeten islamische Solidarität mit der Sezessionsbewegung. Nach dem Waffenstillstand und in einer kurzen chaotischen Periode faktischer Unabhängigkeit Tschetscheniens begann im bewaffneten Untergrund ein Prozess ideologischer Transformation hin zum religiösen Dschihad im Nordkaukasus. Der zweite Krieg wurde Ende 1999/Anfang 2000 vom damals neuen russischen Präsidenten Putin zum Kampf gegen den internationalen islamistischen Terrorismus deklariert. 2007 besiegelte der letzte tschetschenische Untergrundpräsident Doku Umarow die ideologische Umwandlung und geografische Ausweitung des Widerstands mit der Ausrufung eines Kaukasus-Emirats, das weit über Tschetschenien hinausreichen soll.¹

Politische Lage in Tschetschenien unter Ramsan Kadyrow

Weiterhin Hauptursache für ein Verlassen der Russischen Föderation ist die angespannte Lage in der Krisenregion Nordkaukasus. Dort finden fortlaufend Menschenrechtsverletzungen statt. Kampfhandlungen und Anschläge sind fast an der Tagesordnung. Hinzu kommt der intensive allgemeine Fahndungsdruck der russischen Sicherheitskräfte. Die Hauptkonfliktzone hat sich jedoch in den vergangenen Jahren von Tschetschenien vorrangig in die Nachbarrepubliken Dagestan und Inguschetien verlagert, weshalb Tschetschenien nicht mehr als das Epizentrum von Gewalt und Aufstand in der Region wahrgenommen wird. Zudem dürfte die prekäre wirtschaftliche und soziale Lage im Nordkaukasus, der trotz erheblicher Subventionen aus Moskau als die mit Abstand ärmste Region Russlands gilt, eine gewichtige Rolle für die Flucht aus dem Land spielen. In Tschetschenien herrscht seit einigen Jahren unter dem Republikführer Ramsan Kadyrow „Friedhofsruhe“. Es gibt zwar vereinzelt noch Anschläge, aber im Vergleich zu den „Kriegsjahren“ 1994 bis 1996 und 1999 bis etwa 2003 hat sich die Sicherheitslage relativ stabilisiert. Russlands früherer Präsident Medwedjew erklärte am 16.04.09 den Antiterrorkampf in Tschetschenien offiziell für beendet und hob damit den knapp zehn Jahre zuvor über die Republik verhängten Sonderstatus als Zone der Terrorismusbekämpfung auf. Ramsan Kadyrow gelang dabei im Lauf der Jahre in der Praxis eine effektivere Sezession Tschetscheniens aus russischer Oberherrschaft, als es den militanten Separatisten wohl je gelungen wäre. Während er regelmäßig pathetisch Loyalität gegenüber dem Kreml bekundet, betreibt der Gewaltherrscher ganz und gar sein eigenes Spiel. Dazu gehört eine eigenwillige Kulturpolitik, mit der er seinen Gegnern im islamistischen Untergrund den Wind aus den Segeln nehmen will. Während in anderen Teilen der Russischen Föderation und des GUS-Raums Verschleierungsverbote gelten, schreibt Kadyrow Frauen unter der Parole „Zurück zur Tradition“ in der Öffentlichkeit islamische Bekleidung vor. Dabei entsprechen solche Maßnahmen eher der salafistischen Sittenstrenge des Gegners als den kaukasischen oder tschetschenischen Traditionen, die der ideologischen Position dieses Gegners entgegengesetzt werden sollten.²

Anzahl der Anschläge und allgemeine Lage im Nordkaukasus

Andere kaukasische Teilrepubliken haben Tschetschenien indessen bei der Zahl der registrierten Gewaltvorfälle überholt. 2012 gab es im Nordkaukasus insgesamt 700 kampfbedingte Todesopfer, davon mehr als die Hälfte in Dagestan, der größten kaukasischen Teilrepublik Russlands. Dort wurden knapp 300 Verbrechen verzeichnet, die mit Terrorismus im Zusammenhang standen, im restlichen Nordkaukasus 180. Nachdem Tschetschenien in diesem Gewaltspektrum weiter zurückgefallen ist, wird der Nordkaukasus nun insgesamt als die schlimmste Konfliktzone in der östlichen Nachbarschaft Europas gesehen.

Der größte Teil der begangenen Anschläge richtet sich gegen lokale und föderale Sicherheitsorgane vor Ort, auch gegen offizielle Repräsentanten eines Gewalt ablehnenden Islam. In Bezug auf Russland hat Doku Umarow, der ideologische Kopf des Kaukasus-Emirats, im Februar letzten Jahres seine Kämpfer dazu aufgerufen, von Gewalt gegenüber Zivilisten Abstand zu nehmen. Terroraktivitäten des Kaukasus-Emirats oder

¹ vgl. Beitrag von Uwe Halbach für die Stiftung Wissenschaft und Politik vom 26.04.13.

² siehe ausführlich zur aktuellen Entwicklung in Tschetschenien den Beitrag im nächsten Entscheiderbrief.

anderer Dschihad-Netzwerke werden aber im Zusammenhang mit der Winterolympiade in Sotschi im Februar nächsten Jahres prognostiziert.³

Russische Föderation

Bei einer Großrazzia Ende April 2013 gegen mutmaßliche islamische Extremisten haben russische Spezialeinsatzkräfte etwa 140 Verdächtige in Moskau festgenommen. Darunter seien mindestens 30 Ausländer, die sich wohl illegal in Russland aufhielten, teilte der Inlandsgeheimdienst FSB der Agentur Interfax zufolge mit. Die Verdächtigten würden nun verhört. Es gebe Hinweise, dass die Männer an „terroristischen Anschlägen“ im Konfliktgebiet Nordkaukasus beteiligt gewesen seien oder solche Angriffe vorbereitet hätten. Erst kurze Zeit davor waren bei zwei Polizeieinsätzen in St. Petersburg zusammen etwa 700 mutmaßliche Islamisten vorläufig festgenommen worden.

Libyen

Politisches Isolierungsgesetz am 05.05.13 verabschiedet

Am 05.05.13 hat der Allgemeine Nationalkongress in Libyen das Politische Isolierungsgesetz beschlossen, welches ermöglichen wird, Personen von öffentlichen Ämtern auszuschließen, die im Gaddafi-Regime eine Position in der Zeit von 1969 bis 2011 bekleidet haben, Stichtag ist der 17.02.11. Ferner sind auch Personen betroffen, die sich gegenüber der Revolution feindselig verhalten haben. Folgende Branchen werden genannt: Öffentlicher Dienst, diplomatischer Dienst, Militär, Banken, Universitäten, Gerichtsbarkeit und Ölinindustrie. Human Rights Watch kritisierte bereits vor der Verabschiedung des Gesetzes dieses wegen seiner unbestimmten Begriffe sowie weitreichender Folgen und forderte den Allgemeinen Nationalkongress auf, dieses abzulehnen.

Die aktuelle Regierung könnte ebenfalls von dem Gesetz betroffen sein. So hatten der Premierminister Ali Zidan und der Präsident des Allgemeinen Nationalkongresses Mohamed Magharief im fraglichen Zeitraum Posten als Diplomaten für das Regime inne, auch wenn sie sich von diesem noch während dessen Herrschaft und zwar bereits 1980 abgewandt und der Opposition angeschlossen haben. Unklar ist daher, ob die Regelung auch auf sie Anwendung findet – so fallen auch Diplomaten darunter -, obwohl Zidan und Magharief die Revolution unterstützt haben. Von Seiten verschiedener Milizen wurden bereits Forderungen erhoben, die die Entfernung des Premierministers Zidan aus dem Amt zum Gegenstand haben. Premier Zidan teilte mit, dass das Gesetz eine Kabinettsumbildung notwendig machen werde. In ähnlicher Weise würden viele Ministerien betroffen sein.

Die Belagerung des Justiz- und Außenministeriums wurde laut Meldung vom 12.05.13 aufgehoben und die Milizen sind abgezogen.

Zuletzt waren von rund 1.500 Milizionären nach dem Erlass des Politischen Isolierungsgesetzes alle bis auf 200 abgezogen.

Es gab auch eine Erklärung von anderen Milizen aus dem gesamten Land, die das Vorgehen der belagernden Milizen verurteilten und deren Abzug forderten und sich mit der Regierung und dem Allgemeinen Nationalkongress solidarisch erklärten.

Tripolis: 56 Gebäude von irregulären Milizen geräumt

56 staatliche Gebäude wurden von irregulären Milizen aus Tripolis, Zintan, Gharyan und Kikla geräumt. Diese hatten zuvor eine Aufforderung zur Räumung mit Fristsetzung erhalten und räumten die Gebäude bei Eintreffen der staatlichen Sicherheitskräfte (Joint Security Force, JSF) widerstandslos. Der Leiter der JSF teilte mit, dass weitere 15 Gebäude geräumt werden könnten, die entsprechende Weisung des Innenministeriums sei aber bisher nicht erfolgt. Die Gebäude werden von einer Miliz aus Misrata besetzt gehalten.

Hintergrund

Die Miliz aus Misrata ist als eine der stärksten Milizen aus der Revolution hervorgegangen und wurde danach vielfach auch im staatlichen Auftrag tätig, wobei es allerdings keine Hinweise darauf gibt, dass sie in Tripolis im staatlichen Auftrag handelt. Bereits die Vorgängerregierung hatte die auswärtigen Milizen aufgefordert, Tripolis zu verlassen, wobei bisher nur ein Teil der Milizen dieser Aufforderung gefolgt ist. Die irregulären Milizen werden von der Bevölkerung von Tripolis vielfach für die schlechte Sicherheitslage in der

³ vgl. Beitrag von Uwe Halbach für die Stiftung Wissenschaft und Politik vom 26.04.13.

Stadt verantwortlich gemacht. Es gab schon mehrfach Demonstrationen gegen diese, auf denen deren Abzug und Entwaffnung gefordert wurde.

Bengasi

Am 06.05.13 wurde wieder ein Mitglied der Sicherheitskräfte von Unbekannten nahe seines Hauses in dem Stadtteil Sabri erschossen. Das Opfer war Marineleutnant Fadil al-Kikli, der ein ehemaliger Revolutionär war und keine oder nur geringe Kontakte zum alten Regime hatte.

Darna

Ein früherer Angehöriger eines Sicherheitsdienstes wurde unter Gaddafi am 10.05.13 in Darna (Ostlibyen) von Unbekannten durch Schüsse getötet.

Proteste in mehreren Städten gegen Milizen

Am 10.05.13 fanden in mehreren Städten Libyens Proteste gegen das gesetzlose Handeln von Milizen statt. Genannt werden die Städte Tripolis, Bengasi und Tobruk. In Bengasi gingen Milizangehörige gewaltsam gegen die Protestierenden vor. Neben dem Versuch, diese durch Schläge auseinanderzutreiben, wurden auch junge Männer gewaltsam an einen unbekannt Ort mitgenommen.

Somalia

Internationale Konferenz in London

Am 07.05.13 fand in London unter Beteiligung von Vertretern von mehr als 50 Staaten eine internationale Konferenz für den Wiederaufbau Somalias statt. In der Abschlusserklärung stellten die Teilnehmer Fortschritte bei Sicherheit, Demokratisierung und Entwicklung fest. Für den Wiederaufbau von Justiz und Polizei sagte die EU 44 Mio. Euro zu.

Äthiopien

Christliche Gruppierungen fordern Todesstrafe für Homosexuelle

In Äthiopien fordern einige christliche Gruppierungen von der Regierung die Todesstrafe für Homosexuelle einzuführen. Vor allem evangelikale Gruppen wie etwa die „United for Life Ethiopia“ stellen sich hinter diese Forderung. Die Forderung nach der Todesstrafe kam auf, nachdem vor einer Woche während eines religiösen Treffens in Adis Abeba die Polizei mitteilte, dass Homosexuelle und deren Angehörige sich im letzten Jahr an 117 Jungen sexuell vergangen hätten.

DR Kongo

UN-Bericht bestätigt Kriegsverbrechen

Einem am 08.05.13 veröffentlichten Bericht des United Nations Joint Human Rights Office (UNJHRO) zufolge kam es im Zusammenhang mit der Besetzung der Stadt Goma durch Rebellen der M23 und der Flucht der Regierungsarmee FARDC aus der Stadt zwischen dem 15.11.12 und dem 02.12.12 zu schweren Menschenrechtsverletzungen. Der Bericht wirft beiden Seiten Tötungen, willkürliche Hinrichtungen, Massenvergewaltigungen und Plünderungen vor. Insbesondere Soldaten der FARDC hätten Übergriffe systematisch und mit extremer Gewalt verübt, vorwiegend als sie sich von der Front zurückzogen und in und bei der Stadt Minova (Süd-Kivu) sammelten. Mindestens 102 Frauen und 33 Mädchen seien Opfer sexueller Gewalt geworden. Weiter wirft der Bericht Angehörigen der M23 mindestens 59 Fälle sexueller Gewalt vor, darunter 58 Fälle von Vergewaltigung in und um Goma. Mindestens elf Zivilisten seien willkürlich hingerichtet worden.

Nigeria

Ombatse-Sekte tötet Dutzende Polizisten

Nach unterschiedlichen Quellen töteten am 07.05.13 Angehörige der Ombatse-Sekte im Dorf Elakyo bei Lafia, der Hauptstadt des Bundesstaates Nasarawa, bis zu mehr als 50 Polizisten. Die Polizisten hatten einen Führer von Ombatse festnehmen wollen, nachdem die Sekte versucht haben soll, in dem Dorf Mitglieder zu rekrutieren. Die Sekte der ethnischen Gruppe der Eggon, deren Name „Die Zeit ist gekommen“ bedeutet, rekrutiert unter Christen und Muslimen zwangsweise Mitglieder. Nach eigener Darstellung kämpft sie gegen Laster wie Alkoholgenuss und Ehebruch.

Dutzende Tote bei Überfall von Islamisten

Am 07.05.13 griffen etwa 200 schwerbewaffnete Kämpfer der Boko Haram das Dorf Bama im Bundesstaat Borno im Nordosten des Landes an. Dabei starben mindestens 55 Menschen, darunter Polizisten, Gefängniswärter und vier Zivilisten. Laut einem Militärsprecher griffen die Kämpfer gezielt Militärcasernen und Polizeistationen an und setzten sie in Brand. Auch hätten sie ein Gefängnis gestürmt und 105 Häftlinge befreit. Bama wurde bereits mehrmals von Boko Haram überfallen.

Indien

Deutsche Regierung bittet um Gnade für indischen Todeskandidaten

Bundeskanzlerin Angela Merkel, Bundespräsident Joachim Gauck und Außenminister Guido Westerwelle haben an Indien appelliert, die Todesstrafe gegen Devinder Pal Singh Bhullar in lebenslange Haft umzuwandeln. Indische Behörden werfen ihm vor, in zwei Terroranschläge 1991 und 1993 in Indien verwickelt gewesen zu sein. Wegen des zweiten Anschlags, bei dem neun Menschen starben und 17 verletzt wurden, wurde Bhullar zum Tode verurteilt. Bhullar war auf der Flucht nach Kanada im Dezember 1994 am Frankfurter Flughafen mit einem falschen Pass festgenommen und nach Indien abgeschoben worden, wo er bei seiner Ankunft festgenommen wurde. Nachdem jahrelang keine Todesurteile mehr vollstreckt worden waren, kam es in den vergangenen Monaten zu zwei Hinrichtungen.